

Nahrungssouveränität - ein Grundrecht!

Autor(en): **Vuffray, Gérard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **59 (2004)**

Heft 4

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-903774>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Nahrungssouveränität – ein Grundrecht

Eine bäuerliche Alternative zu den Regeln der WTO

Die Bauern des Nordens wie des Südens sind die ersten Opfer des weltweiten Handelskrieges auf den Märkten für Landwirtschaftsprodukte und Nahrungsmittel. Dieser Krieg hat sich mit der Einbindung der Landwirtschaft in die WTO verschärft.

Die systematische Entwertung der bäuerlichen Arbeit ist kein Nord-Süd-Problem, sondern die Folge einer Fehlentwicklung unseres Wirtschaftsmodells. Diese Fehlentwicklung betrifft nicht nur die 3-4 % der bäuerlichen Bevölkerung unseres Landes, sondern 70-80 % der Bevölkerung gewisser Entwicklungsländer mit Erschütterungen, die dort offensichtlich noch viel schwerer und dramatischer sind.

Seit dem Inkrafttreten des Abkommens über die Landwirtschaft vor 9 Jahren und der Liberalisierung des internationalen Austauschs landwirtschaftlicher Güter hat der Hunger in der Welt nicht abgenommen (840 Millionen sind unterernährt) und die Bauern sind fast überall verarmt zugunsten anderer Wirtschaftskreise. Die Versorgung mit Le-

bensmitteln hat sich verschlechtert, obschon das WTO-Abkommen als Universal- und Wundermittel für alle Probleme dargestellt worden war.

Nahrungssouveränität für Nord und Süd

Die Bauern des Nordens und des Südens fordern gemeinsam eine Änderung der Spielregeln zugunsten einer solidarischen Agrar- und Handelspolitik. Die Bauern der Europäischen Bauernkoordination (24 bäuerliche Organisationen in 14 Ländern, darunter VKMB und Uniterre) und die Via Campesina auf internationaler Ebene fordern die Einrichtung einer solidarischen Agrar- und Wirtschaftspolitik. Diese soll auf der Anerkennung der Nahrungssouveränität der Länder als Grundrecht mit Vorrang vor dem Handelsrecht basieren.

Wertmassstäbe ändern

Jede Gesellschaft muss in der Lage sein, ihre Landwirtschaft und ihre Ernährung selbst zu

regeln. Die Ziele können von einem Land zum andern, von einer Weltregion zu andern andere sein. Die Nahrungssouveränität anerkennen heisst mit andern Worten eine Hierarchie der Werte wieder herstellen, in der der Handel wieder zu einer Tätigkeit im Dienst der Gesellschaft wird und nicht umgekehrt.

Die Ernährungssouveränität anerkennen heisst akzeptieren, dass die Gesellschaften die Ziele Nahrungssicherheit, Umweltschutz und andere Grundziele sozialer, kultureller oder politischer Art selber bestimmen. Die internationalen Handelsregeln dürfen kein Land daran hindern, dauerhafte Produktionssysteme zu wählen. Sie dürfen nicht in der Lage sein, nationale Gesetze z.B. gegen die Verwendung von Hormonen in der Tierhaltung oder gegen die Verwendung von genmanipulierten Organismen GVO zu unterlaufen. Sie dürfen schliesslich keine Praktiken mehr tolerieren, landwirtschaftliche Produkte auf den internationalen Märkten zu Dumpingpreisen zu verschleudern oder gesellschaftliche und umweltrelevante Bestimmungen zu dulden, die das wirtschaftliche und physische Leben von Hunderten von Millionen Personen auf diesem Planeten in Gefahr bringen.

Die Bauern des Nordens und des Südens verlangen eine grundsätzliche Änderung der Spielregeln. Die Europäische Bauernkoordination und Via Campesina machen konkrete Vorschläge zum Ausstieg aus die Sackgasse, die früher oder später die Mehrheit der Menschheit bedroht, nämlich die Bauernfamilien.

Gérard Vuffray, Sekretär Uniterre

